



**Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz**

Zentralsekretariat  
Theaterplatz 4  
3011 Berne

Tel. 031 329 69 69  
Fax 031 329 69 70

info@spschweiz.ch

Frau Bundespräsidentin Amherd  
Eidgenössisches Departement für Verteidigung,  
Bevölkerungsschutz und Sport (VBS)

Per Mail an: [recht@babs.admin.ch](mailto:recht@babs.admin.ch)

3. September 2024

## **SP-Stellungnahme zur neuen Verordnung über die Krisenorganisation der Bundesverwaltung (KOBV)**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin Amherd,  
sehr geehrte Frau Brogini,  
sehr Herr Guggisberg,  
sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme, die wir gerne nutzen.

### **Zusammenfassende Haltung der SP**

Die SP befürwortet die neue Verordnung über die Krisenorganisation der Bundesverwaltung als einen wichtigen Schritt hin zu einer effizienteren und effektiveren Krisenbewältigung. Die Lehren aus der Covid-19-Pandemie unterstreichen die Notwendigkeit einer gut strukturierten und koordinierten Krisenorganisation. Gleichzeitig plädieren wir für einen stärkeren Einbezug der Zivilgesellschaft, um die Akzeptanz und Legitimation von Krisenmassnahmen zu erhöhen und eine ganzheitliche Herangehensweise zu gewährleisten. Wir sind zuversichtlich, dass diese Massnahmen die Schweiz besser auf zukünftige Krisen vorbereiten werden.

### **Notwendigkeit einer soliden Rechtsgrundlage für die Krisenorganisation**

Die SP unterstützt ausdrücklich die Schaffung einer klaren und einheitlichen Rechtsgrundlage für die Krisenorganisation der Bundesverwaltung. In Zeiten globaler Unsicherheiten und zunehmender Krisen ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Bundesverwaltung rasch und effizient auf verschiedene Krisenszenarien reagieren kann. Eine klare rechtliche Grundlage gewährleistet die nötige Transparenz, Verlässlichkeit und Handlungsfähigkeit, um den vielfältigen Herausforderungen begegnen zu können.

### **Lehren aus der Covid-19-Pandemie**

Die Erfahrungen aus der Covid-19-Pandemie haben gezeigt, dass die bisherige Krisenorganisation der Bundesverwaltung erhebliche Mängel aufweist. Die unzureichende Antizipation der Pandemie, die verspätete Einberufung des Krisenstabs und die mangelnde Koordination zwischen den verschiedenen über-departementalen Krisenstäben haben die Handlungsfähigkeit des Bundes erheblich eingeschränkt. Diese Defizite unterstreichen die Notwendigkeit einer umfassenden und gut strukturierten Krisenorganisation, wie sie in der neuen Verordnung vorgesehen ist. Wir begrüßen insbesondere die Einführung eines politisch-strategischen Krisenstabs, eines operativen Krisenstabs und eines permanenten Kernstabs, welche die Krisenbewältigung wesentlich verbessern werden.

### **Einbezug der Zivilgesellschaft in die Krisenorganisation**

Neben dem systematischen Einbezug der Wissenschaft ist es aus Sicht der SP unerlässlich, auch die Zivilgesellschaft verstärkt in die Krisenorganisation einzubinden. Dies gilt insbesondere für Situationen, in denen Grundrechte eingeschränkt werden müssen, wie dies während der Covid-19-Pandemie der Fall war. Eine stärkere Beteiligung der Zivilgesellschaft kann dazu beitragen, die Akzeptanz von Massnahmen in der Bevölkerung zu erhöhen und sicherzustellen, dass unterschiedliche Perspektiven und Bedürfnisse in die Entscheidungsprozesse einfließen. Wir schlagen daher vor, dass Vertreter:innen der Zivilgesellschaft in geeigneter Weise in die Arbeit der Krisenstäbe integriert werden. Dies könnte beispielsweise durch eine Einladung geeigneter zivilgesellschaftlicher Akteur:innen zum in Art. 16 KOBV festgeschriebenen wissenschaftlichen Beratungsgremium erfolgen.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüßen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Mattea Meyer  
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth  
Co-Präsident



Severin Meier  
Politischer Fachreferent